

Bewertung der geplanten Bewerbung für Olympische Winterspiele „München 2022“ durch das Netzwerk Nolympia

www.nolympia.de, www.nolympia2018.ludwig hartmann.de

Sylvia Hamberger, Axel Doering und Wolfgang Zängl

11.9. 2013

Es ist nicht verwunderlich, dass sich – gerade in Zeiten des Klimawandels – nur schwer ein Ort für Olympische Winterspiele 2022 finden lässt. Nach den USA ist auch die Schweiz mit Graubünden nach einer Bürgerbefragung im März 2013 als Bewerber ausgestiegen. Oslo hat sich am 9.9.2013 mit nur knapper Mehrheit für "Oslo 2022" entschieden. Die gesamt-olympische Situation hat sich aufgrund der unbegrenzt wachsenden Gigantomanie durch das IOC und der explodierenden Kosten für die Ausrichtung Olympischer Spiele grundsätzlich geändert. Feststehende, nicht verhandelbare Rahmenbedingungen nehmen den Ausrichterorten jede Selbstbestimmung. Deshalb gibt es immer weniger Bewerber.

Olympische Winterspiele sind deshalb **keine "unglaubliche Chance"** für die Region, wie uns die Olympialobby für München 2022 glauben lassen möchte.

Ob die Wahl von Thomas Bach zum IOC-Präsidenten die Chancen einer Bewerbung "München 2022" ändern, ist reine Kaffesatzleserei. Bach ist niemand, der neue Akzente setzen wird. Im Gegenteil: Denn das Geschäftsmodell Olympischer Spiele ist auf Kommerzialisierung, Gigantismus und Intransparenz ausgelegt.

Jeder Bewerber der vergangenen Jahre hatte mit den **"grünsten Olympischen Spielen aller Zeiten"** geworben - auch für München 2022 wird dieses falsche und irreführende Argument wieder verwendet.

Olympische Winterspiele können schon allein wegen dieser Größe weder "nachhaltig" noch "grün" sein. Sie sind ein Megaevent für 17 Tage, stellen für den Alpenraum große Eingriffe in die Naturräume und Kulturlandschaften dar und bergen unüberschaubare soziale und finanzielle Risiken.

Wir werden dieses Papier laufend ergänzen, da konkrete Planungen der Olympialobby für "München 2022" bisher nicht vorliegen. Vor allem die Pläne zu den "Ausrichterorten" werden sich noch ändern.

Die Erfahrung bei der Bewerbung München 2018 hat gezeigt, dass die Eingriffe und Kosten umso größer werden, je weiter die Planungen fortschreiten.

Das IOC

Das **Internationale Olympische Komitee** (*International Olympic Committee, IOC*) ist eine nichtstaatliche Organisation mit Sitz in Lausanne/Schweiz. Zweck des Komitees, das aus rund 100 regulären Mitgliedern besteht, ist die Organisation und Betreuung von Olympischen Spielen. "In der Schweiz als gemeinnütziger Verein eingetragen, ist es (das IOC) längst eines der größten privatwirtschaftlich finanzierten Unternehmen der Welt. So sehen es die Experten von 'Brand Finance'. Sie bewerteten die Marke Olympia (...) 2012 als zweitwertvollstes Unternehmen der

Welt, hinter Apple, aber noch vor Google. Der immense Wert von 47,5 Milliarden US-Dollar, den die Marke Olympia haben soll, speist sich dabei eigentlich nur aus zwei Komponenten: aus dem Verkauf der Übertragungsrechte und dem Anwerben von Sponsoren" (Hönicke, Christian, Kernsportart Geldverdienen, in tagesspiegel.de, 14.2.2013).

Das IOC hält die Schirmherrschaft über die olympische Bewegung und beansprucht alle Rechte an den olympischen Symbolen, wie Fahne, Mottos und Hymne, sowie an den Spielen selbst und andere Sonderrechte, die im Host-City-Vertrag geregelt werden. Damit steht einer exklusiven und lukrativen Vermarktung zu Gunsten des IOC nichts im Weg.

Um den Wert der „Marke Olympische Spiele“ zu erhalten und zu erhöhen, verlangt das IOC von Staaten mit Bewerberorten bereits vor einer Bewerbung den Erlass eines „**Olympiaschutzgesetzes**“. Begriffe wie "Olympia", "Olympiade" und "olympisch" gehören seit der Antike dem allgemeinen Sprachgebrauch an und sind (eigentlich) markenrechtlich nicht zu schützen. Deutschland erließ 2004 aber das umstrittene Gesetz vor der Bewerbung von Leipzig. Wer jetzt mit den olympischen Begriffen wirbt, bekommt es mit den Anwälten des IOC zu tun. Dieses „Sponsorenschutzgesetz“ verstößt nach Ansicht des Landgerichts Darmstadt vom November 2005 gegen die Verfassung und dient nur dazu, sich einen Wirtschaftsbereich zu sichern und Lizenzgebühren zu kassieren.

Zu den Hauptsponsoren des IOC gehören **Dow Chemical** (siehe die Folgen der Chemiekatastrophe von Bhopal, die chemischen Kampfstoffe "Agent Orange" in Vietnam u.a.), dazu **McDonald's** und **Coca-Cola**. Im Umfeld der olympischen Wettkampfstätten und auf den Zufahrten und Zugängen dürfen ausschließlich Produkte der Hauptsponsoren verkauft und beworben werden.

Der Host-City-Vertrag

Die Bewerberstadt (also München mit den Mitbewerbern) muss umfangreiche Garantien abgeben, die über den Host-City-Vertrag HCV (Host City Contract-HCC) in 74 Paragraphen und 16 Anhängen geregelt werden.

Der Stadtrat hatte für "München 2018" die Unterzeichnung eines Vertrags „ohne Kenntnis des späteren Vertragsinhalts und damit das Eingehen der entsprechenden Verpflichtungen“ (aus dem Protokoll der Stadtratssitzung) beschlossen.

Ein Rechtsgutachten von Prof. Dr. Gerrit Manssen, Universität Regensburg, im Auftrag der Gesellschaft für ökologische Forschung e.V., München, (Stand: Juni 2011) kommt anlässlich der Bewerbung "München 2018" zu dem Schluss:

1. **"Nach deutschem Recht wird man den Vertrag als sittenwidrig nach § 138 BGB ansehen müssen (völlig einseitige Risiko- und Lastenverteilung, Ausnutzung einer Monopolstellung)" ,**
2. **"Die Stadt würde deshalb mit Abschluss des Vertrages außerhalb ihrer verfassungsrechtlich garantierten bzw. gesetzlich zugewiesenen Kompetenzen handeln" ,**
3. **"Der HCV ist ein Knebelvertrag. Das IOC nutzt beim Abschluss des HCV seine unkontrollierte Monopolstellung für teilweise rechtlich groteske, den Vertragspartner einseitig belastende Regelungen, die jedem Anstands- und Gerechtigkeitsgefühl widersprechen",**

4. **"Eigene Verpflichtungen des IOC stehen in seinem Ermessen. Der Vertrag lastet nahezu alle Risiken der Stadt an und gibt fast alle Rechte an das IOC",**
5. **"Dem Ziel einer erfolgreichen Olympia-Bewerbung würde das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung als zentraler Bestandteil des Rechtsstaatsprinzips geopfert".** www.nolympia.de/gutachten-zum-host-city-vertrag/

Auch die Zivilrechtsabteilung Salzburgs sah in den Verträgen des IOC einen „Knebelungsvertrag“ und bewertete sie als „sittenwidrig“ und „in großen Teilen nichtig“.

Zutreffend wurde im Rahmen der Prüfung des vergleichbaren Host-City-Vertrages im Rahmen der Bewerbung von Salzburg für die Winterspiele 2014 von dortigen Juristen festgestellt:

Der HCV kennzeichne sich durch ein maximales Ausmaß an Verpflichtungen und Verbindlichkeit vor allem für die Host City, das NOK und das OK und gleichzeitig ein minimales Ausmaß an Verpflichtungen und Verbindlichkeit für das IOC.

- Zu den wesentlichen Regelungsinhalten des Vertrages gehören u.a. die Freistellung des IOC von allen Steuern: Von der Steuer müssen das IOC und die Sportler freigestellt werden, was wiederum den Erlass spezieller Gesetze durch den Bundestag erfordert.
- Hinzu kommen weitere Sonderrechte wie eine Einreise ohne Formalitäten, die "Olympic Lanes" (extra Fahrspuren für die "olympische Familie") zu allen Sportstätten, Einladungen der Ehrengäste - ohne vorherige schriftliche Genehmigung des IOC dürfen keine mit den Spielen zusammenhängenden Einladungen oder Akkreditierungen an ausländische Regierungspersonlichkeiten oder politische Persönlichkeiten ausgegeben werden - etc.
- Um eine Bewerbung der Stadt um die Ausrichtung der Spiele nicht von vornherein zum Scheitern zu verurteilen, muss die Stadt den vom IOC vorgelegten Vertragsentwurf so wie er ist akzeptieren.
- Der Vertrag soll „vertraulich“ behandelt werden - es gibt keinerlei Transparenz, obwohl Steuergelder verwendet werden.
- **Auch für "München 2022" würde sich daran nichts ändern:**
- Der Host-City-Vertrag des IOC muss von der Ausrichterstadt - ohne "wenn-und-aber" - unmittelbar nach dem Zuschlag der Spiele unterschrieben werden.
- Vertragsänderungen (wie "kleinere Spiele" u.a.) von Seiten der Veranstalter sind nicht möglich - das IOC bestimmt allein die Regeln.
- Das IOC behält sich einseitige Änderungen des Vertrags-Entwurf bis zum Vertragsabschluss vor. Diese Vertragsfassung wird der Ausrichterstadt erst dann bekannt, wenn der Host-City-Vertrag zur Unterschrift vorgelegt wird. Der Vertragsinhalt wird vom IOC vorgegeben und kann während der gesamten Vertragslaufzeit von diesem noch einseitig geändert werden.
- Die Stadt haftet als Gesamtschuldnerin, wenn der Spiele-Etat ins Minus rutscht. Die an die ausrichtenden Kommunen zu tätigen Zuschüsse des IOC liegen allein im Ermessen des IOC.

Die Kosten

- **Kosten für den Bürgerentscheid**

Am 10. November 2013 soll es in allen Ausrichter-Gemeinden zu einem Ratsbegehren/Bürgerentscheid über die Frage kommen, ob München nach der gescheiterten Bewerbung "München 2018" einen neuen Anlauf zur Kandidatur für 2022 nehmen soll oder nicht.

Eine Chancengleichheit zwischen Befürwortern und Gegnern ist durch den hohen Geld- und Materialeinsatz der Bewerberseite nicht gegeben:

So läuft die **olympische Propagandamaschinerie** an:

Zwei Millionen Euro will sich die Landeshauptstadt München die Vorbereitungen für die Bewerbung kosten lassen. Allein die Portokosten für den Bürgerentscheid, der insgesamt 975.000 Euro kosten soll, betragen fast eine halbe Million Euro. Plus 400.000 Euro für die "Anpassung" des Bewerbungskonzeptes 2018 an 2022 – u. a. wieder mit den "bewährten Kräften" von **Albert Speer & Partner**.

"Vor der Befragung will die Stadt ihre Bürger ausführlich über das Projekt Olympia informieren, mit Handzetteln, Plakaten, Veranstaltungen und einer Internet-Präsenz. Alles zusammen soll weitere 560 000 Euro kosten" (Schmidt, Thomas, Olympia-Vorbereitungen kosten knapp zwei Millionen, in Münchner Merkur 5.6.2013). Auf Vorschlag des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude übernehmen die ehrenvolle Aufgabe der Informationskampagne für die Bürger auch: **Albert Speer & Partner** (Lode, Silke, Investieren in Olympia, in SZ 3.6.2013).

Dazu kommt die „Tourismus Initiative München“ (TIM), ein Zusammenschluss von Tourismusunternehmen, Gastronomie, Brauereien etc., die 2012 und 2013 etwa drei Millionen Euro gesammelt haben: Davon kommt die Hälfte von der Landeshauptstadt München.

- **Die Bewerbungskosten**

Bereits die Anmeldegebühr an das IOC beträgt 150.000 US-Dollar (ca. 115.000 Euro).

Die Bewerbungskosten für München 2018 lagen bei ca. 33 Millionen Euro - **es gibt bis heute keine Offenlegung über die Verwendung**. Das Geld kam vor allem von staatlichen, halbstaatlichen und -städtischen Unternehmen, wie die Stadtwerke München, Messe München, Lotto Bayern, Flughafen München, Olympiapark GmbH, Deutsche Bahn, Deutsche Post.

Der Fehlbetrag von ca. 7 (?) Millionen Euro mußte von den Steuerzahlern der Bewerbungsgemeinden getragen werden, obwohl bei den Beschlußfassungen von einer Kostenfreiheit für die Kommunen ausgegangen wurde.

Die Bewerbungskosten "München 2022" werden bisher mit ca. 20 Mio Euro angegeben.

- **Unbegrenzte Defizitgarantie für das IOC**

Das IOC fordert eine **UNBEGRENZTE DEFIZITGARANTIE in Milliardenhöhe** von den Ausrichterorten. Diese Defizitgarantie garantiert dem IOC Milliarden-Gewinne und den Austragenden Milliarden-Defizite. Die unbegrenzte Defizitgarantie war ein Grund für die Bürger Graubündens, die Bewerbung "Graubünden 2022" abzuwählen.

Schon bei der Bewerbung "München 2018" hieß es: Eine Begrenzung der Defizitgarantie der Höhe nach sei nicht möglich, ohne die Erfolgsaussichten der Bewerbung zu beeinträchtigen.

Die Stadt und im Hintergrund der Freistaat und der Bund müssten finanzielle Lasten in Milliardenhöhe übernehmen (je ein Drittel). Die Stadt übernimmt damit eine nicht abschätzbare finanzielle Defizitgarantie. Sie hat zu einem Drittel für eintretende Defizite einzustehen, deren mögliche Höhe nicht realistisch abschätzbar erscheint.

Die **Stadt München** hätte die **gesamtschuldnerische Verpflichtung** für sämtliche Garantien, Zusicherungen, Aussagen, Zusagen, sonstige Verpflichtungen und Pflichten aus dem HCV, weiterhin für alle mittelbaren Schäden, Kosten und Haftungsansprüche. Dies betrifft nicht nur ihre eigenen Verpflichtungen, sondern auch die des Nationalen Olympischen Komitees/DOSB und des OK.

Der finanzielle Beitrag des IOC steht unter Bedingungen, auf die die Stadt als Vertragspartner fast keinen Einfluss hat. Das IOC bestimmt die Höhe und den Zeitpunkt der Zahlung und knüpft diese daran, dass die Spiele zur vollständigen Zufriedenheit des IOC stattgefunden haben und die Stadt, das NOK (DOSB) und das Organisationskomitee (OK) alle Verpflichtungen vollumfänglich ausgeführt und eingehalten haben. Das IOC entscheidet allein darüber, ob und wie viel gezahlt wird.

Der Magistrat der Stadt Salzburg gelangte anlässlich der Bewerbung um Olympische Winterspiele 2014 zu dem Urteil: Die Risiken für die Stadt seien in haftungsrechtlicher Hinsicht von einer "kaum überschaubaren Vielfalt".

In München kursiert der Pro-München 2022-Slogan: "Der Image-Gewinn ist unbezahlbar". Unbezahlbar - das stimmt!

- **Die Durchführungskosten**

Bisher liegen keine überprüfbaren Angaben zu "München 2022" vor.

Bei der Diskussion um die Finanzierung der Spiele wird unterschieden zwischen dem

Durchführungsbudget (OCOG-Budget) und dem **Infrastrukturbudget (Non-OCOG-Budget)**.

Die Kosten der olympischen Winterspiele "München 2018" wurden auf etwa 2,9, bis 3,5 Milliarden Euro geschätzt. Bei diesem Betrag handelte es sich aber wohl nur um die „operativen Kosten“ (OCOG-Budget) der Spiele. Das OCOG-Budget betrifft die reinen Kosten für die Ausrichtung der Spiele ohne Infrastrukturprojekte

Hinzu kämen Kosten für die „allgemeinen Infrastruktur“ (Non-OCOG-Budget), d.h. die Kosten für den Ausbau der Infrastrukturen, die für Olympische Winterspiele als notwendig erachtet werden und danach "anderweitig" genutzt werden sollen.

Beim Infrastrukturbudget wird weiterhin differenziert zwischen solchen Maßnahmen, die nur bei einem Zuschlag für die Olympischen Spiele durchgeführt werden (also eine Art spezifische Infrastruktur, z.B. Sportstätten, Mediendorf) und solchen Maßnahmen, die auch ohne die Spiele realisiert werden sollen (allgemeine Infrastrukturmaßnahmen, z.B. Investitionen in Straßen und Schienen).

Was nicht in den OCOG-Etat passt, wird in den Non-OCOG-Etat ausgelagert. Es kann daher nicht sauber unterschieden werden zwischen investiven, operativen und organisatorischen Kosten. Darin liegt auch eine länger praktizierte Absicht der Verschleierung der tatsächlichen Kosten Olympischer Spiele.

Für das IOC besteht keinerlei verbindliche Verpflichtung, einen IOC-Beitrag zu leisten. Das IOC kann in seinem alleinigen Ermessen und auf Basis von gänzlich eigenständig ausgewählten und festgelegten Kriterien und Faktoren völlig frei entscheiden, ob es einen solchen IOC-Beitrag zahlt oder nicht.

- **„Multi-Party-Agreement“ („MPA“)**

Im MPA ist vor allem die Verpflichtung der Bewerberkommunen enthalten, ein eventuelles Defizit im sog. OCOG-Budget auszugleichen.

- **Sicherheitskosten**

In der Bewerbung "München 2018" wurden von dem Beratungsunternehmen Deloitte im Bid Book die Sicherheitskosten mit 31,7 Millionen € angegeben. Das war bewusst zu gering angesetzt – im Vergleich zu den Sicherheitskosten von Vancouver, die in der Monitor-Sendung vom 18.11.2010 mit 900 Millionen C\$ beziffert wurden, lagen sie um den Faktor 28 oder um etwa 869 Millionen Euro niedriger.

Für das IOC ist die Sachlage einfach: Für Sicherheit zahlen muss die Öffentlichkeit - die Veranstaltungsorte, das Land Bayern sowie Deutschland, in jedem Fall also die Steuerzahler.

Münchens Innenstadt, aber auch der Großraum um München inklusive Flugplatz und Teile des Voralpenlandes - rund um die Veranstaltungsorte - würden zu Hochsicherheitstrakten. Alle Sportstätten müssten von 4 Meter hohen Zäunen umgeben werden; bei London 2012 waren diese mit einer elektrischen Spannung von 5.000 Volt aufgeladen.

Demokratische Grundrechte werden schon durch den Host City Contract des IOC stark eingeschränkt - mit den jeweiligen Sicherheitsauflagen können Grundrechte quasi außer Kraft gesetzt werden.

Während der Olympischen Sommerspiele 1972 in München verübten palästinensische Terroristen einen Angriff auf die israelische Olympia-Mannschaft. Im Lauf dieses Anschlags kamen die elf israelischen Geiseln, fünf Geiselnnehmer und ein deutscher Polizist ums Leben. In der Bewerbung München 2018 war davon keine Rede. Bei den Sicherheitsmaßnahmen und -kosten wird dies aber eine herausragende Rolle spielen.

- **Explodierende Kosten für Großprojekte**

Olympische Spiele bergen alle Risiken großer Megaprojekte (siehe Stuttgart 21, Berliner Flughafen, Elb-Philharmonie).

In den Olympischen Vorgängerstädten Vancouver und Sotschi sind die Ausbaukosten während der Bauarbeiten explodiert. Das Organisationsbudget von Sotschi 2014 lag ursprünglich bei 1,5 Milliarden US-Dollar; die Kosten der Spiele waren ursprünglich mit 8,6 Milliarden Dollar angesetzt und werden inzwischen auf 50 Milliarden Dollar (rund 39 Mrd. Euro) geschätzt.

Infrastruktur-Großprojekte müssen in kürzester Zeit durchgepeitscht werden und werden dadurch mit Sicherheit nicht nur schlechter geplant, sondern viel teurer als ursprünglich budgetiert: Allein 700 Millionen sollen für Fernstraßen und Tunnels im Loisachtal Richtung Garmisch-Partenkirchen aufgewendet werden.

Was tun, wenn die Zeit nicht reicht? Wie viele Jahre müssen die Bürger eine Vielzahl von Großbaustellen erdulden? S. 9

Die geplanten Austragungsstätten - Stadt München, Garmisch-Partenkirchen, und das Berchtesgadener Land mit Schönau am Königssee sind bereits heute hoch verschuldet – ebenso wie der Freistaat Bayern (mit 41,6 Mrd. Euro).

- **Die Folgekosten**

Die Folgekosten – Abriss oder die erheblichen langfristigen Unterhaltskosten der meist unternutzten olympischen Bauten – gehen meist in keine Kostenkalkulation ein.

Ehemalige Austragungsorte wie Turin und Vancouver kämpfen bis heute mit den Auswirkungen der Olympischen Winterspiele: Verbaute Berglandschaften, kaum oder nicht mehr genutzte Sportanlagen ("White Elephants") - und hohe Schulden.

Auch die Folgen von München 1972 sind teuer - allein die Sanierung des Olympiaparks soll bis 2026 ca. eine halbe Milliarde Euro kosten. Da die Schulden schon jetzt überhand nehmen, werden die unsinnigsten Veranstaltungen aufgeboten (Deutsche Tourenwagen-Meisterschaftslauf 2011 und 2012, X-Games...).

Wie die Groß-Demonstrationen in Brasilien zeigen, geraten die FIFA und das IOC immer mehr in den Fokus sozialer Bewegungen.

Die sozialen Folgen

- Olympische Winterspiele schaffen keinen bezahlbaren Wohnraum. Denn wie andere Wintersport-Großveranstaltungen führen sie erfahrungsgemäß zu einem massiven Zweitwohnungsboom und zu einem Anstieg der Orts-Mieten. Auf diese Weise gehen diese "Events" zu Lasten der Schwächeren und der Jungen. Schon heute sind die Mieten für „Normalverdiener“ fast unerschwinglich. Damit gibt es bereits heute einen deutlichen Siedlungsdruck auf das Umland, mit der Folge eines enormen Verkehrszuwachses.
- In München laufen bereits heute die Mieten den Einkommen der Normalverdiener davon. Der Megaevent der Olympischen Winterspiele wird

diese Entwicklung noch einmal beschleunigen. Der Bau eines olympischen Dorfes wird diese Entwicklung nicht einmal abmildern.

- Garmisch-Partenkirchen hat bereits ab dem Jahr 2007 mehr als 200 Sozialwohnungen verkauft, um die Schulden wegen der übermäßigen Investitionen in den Wintersport nicht ins Uferlose steigen zu lassen. **Dabei kostete eine einzelne Schneekanone etwa so viel wie eine Sozialwohnung erbrachte.**

Die Bewerbung bringt Unfrieden in die Orte. Die Bewerbungen und die massiven Auswirkungen auf die Umwelt und alle Bereiche des Zusammenlebens erzeugen, besonders in den kleineren Orten, heftige Auseinandersetzungen und Streit bis in Familien hinein, spalten die Orte zutiefst und führen zu Unfrieden. Während der Bewerbung "München 2018" erhielten einzelne Mitglieder von Nolympia und Landwirte in Garmisch-Partenkirchen, die ihren eigenen Grund nicht hergeben wollten, sogar Morddrohungen.

Weitere Folgen

Der immer teurere und aufwendigere Spitzensport geht zu Lasten des zunehmend schlechter gestellten Breitensports. Die freihändige Vergabe der Staats-Millionen durch den Deutschen Olympischen Sportbund DOSB mit seiner Spitze Thomas Bach und Michael Vesper ist ein beliebtes Machtmittel, um die Sportverbände gefügig zu machen. Der Spitzensport erhält in Deutschland jährlich mindestens 250 Millionen Euro vom Staat.

Klimawandel und Schneesicherheit

Mit der Vertragsunterzeichnung für 2022 verpflichten sich die Austragungsorte, die Zusagen für die „Schneesicherheit“ um jeden Preis und mit allen Mitteln einzuhalten.

Der Alpenraum ist vom Klimawandel bereits besonders stark betroffen: Der Temperaturanstieg ist hier doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt.

Woher sollen der Schnee und das Wasser für die Schneewettbewerbe 2022 kommen?

Für "Sotschi 2014" wurde bereits eine halbe Million Kubikmeter Schnee mit einem Kostenaufwand ca. 8 Millionen Euro eingelagert: Die acht strategisch verteilten Schneehaufen sind mit Planen überdeckt und müssen laufend kontrolliert werden. Etwa ein Viertel ist bereits abgetaut. Dieser "für alle Fälle" eingelagerte Schnee soll vor allem auf den Skipisten unterhalb von 1200 m NHN eingesetzt werden. Ob er reicht?

Die bayerischen Skigebiete, die von "München 2022" betroffen wären, liegen niedrig - z.B. die Kandahar-Pisten auf 700 bis 1700 m NHN. Bereits heute sind sie nicht mehr "schneesicher". Auch die künstliche Beschneigung gerät bereits an ihre Grenzen, da nur bei Minusgraden beschneit werden kann. Während der Ski-WM 2011 gelang die Präparation der WM-Pisten nur noch mit großem Aufwand – und nur mit großen Mengen an Kunstschnee, Vereisung, chemischen Schneefestigern und nächtlicher Dauerpräparation.

2022 - das bedeutet 9 weitere Jahre im Klimawandel: eine lange Zeitspanne.

Die Wahrscheinlichkeit für ausreichenden natürlichen Schneefall – und sogar für die Kunstschneeherstellung – wird weiter stark gesunken sein.

Bei der künstlichen Beschneigung muss man deshalb mit einem massiven weiteren Ausbau und neuer aufwendiger Technik rechnen.

Die Absurdität der schrankenlosen Aufrüstung mit Schneekanonen zeigt sich schon heute beim Bau der riesigen Speicherbecken: Der große Vorrat an Beschneiwasser soll dazu dienen, immer größere Flächen in immer kürzerer Zeit zu beschneien. Das Wasser muss mit hohem Energieaufwand aus dem Tal hinauf- und laufend nachgepumpt werden. Festinstallierte große Kühlanlagen neben den Speicherbecken sorgen für die künstliche Kühlung des zu warmen Tal-Wassers.

Vollends absurd wird das Spiel, wenn das gekühlte Wasser dann mit Schneekanonen verschneit wird, die eine leistungsstarke Heizung haben, um ihr Einfrieren zu verhindern.

Infolge des Klimawandels sind gerade die Beschneigungssysteme mit ihrer Infrastruktur nur kurzfristig wirksame, aber langfristig teure und weder ökologisch noch ökonomisch nachhaltige Investitionen.

Schneekanonen sind ein Symbol eines verantwortungslosen Umgangs mit Energie im Klimawandel. Sie stellen die Ernsthaftigkeit der Energiewende, die nur mit reduziertem Energieverbrauch funktionieren kann, in Frage.

Exkurs

Um die Absurditäten von schneegebundenen Sportveranstaltungen und insbesondere von Olympischen Winterspielen in 9 Jahren zu beleuchten, verdeutlichen wir, wie weit der Klimawandel bereits fortgeschritten ist:

Der IPCC-„Sonderbericht Extremwetter“ (www.ipcc.ch) 2011 hatte eine weitere deutliche Zunahme extremer Wetterlagen voraus gesagt.

Die extremen Hochwasser der letzten Jahre und insbesondere das Hochwasser im Mai und Juni 2013 werden bereits den Folgen des Klimawandels zugerechnet.

Zwischen dem **26. Mai und dem 2. Juni 2013** fielen in Deutschland 22,76 Billionen Liter Wasser, etwa die Hälfte der Menge, die der Bodensee fasst. Im Chiemgau fiel mit 275 Litern pro Quadratmeter innerhalb von 48 Stunden mehr Regen als sonst im ganzen Juni (Multimedia-Spezial: Leben nach der Flut, spiegelonline panorama 5-7-2013).

Das andere Extrem kam direkt danach: Der Juli 2013 gehört zu den trockensten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen vor über 130 Jahren. Der Monat steht damit im krassen Gegensatz zu den beiden Vormonaten, die jeweils außergewöhnlich niederschlagsreich waren. Nur am Monatsende kam es zu schwersten Gewittern, die wiederum Millionenschäden hinterlassen haben.

Klima-Wissenschaftler sehen einen Zusammenhang zwischen diesen Extremereignissen und dem Klimawandel und prognostizieren, dass die Wahrscheinlichkeit sowohl für extreme Hochwasser als auch für extreme Trockenphasen weiter zunehmen wird (Klimawandel und Hochwasser, www.pik-potsdam.de/aktuelles/nachrichten/ 21.06.2013).

Wenn "Zufälle" sich häufen, sind es keine Zufälle mehr.

Neuer Höchststand an CO₂

Der Anteil des klimaschädlichen Kohlendioxids in der Atmosphäre hat 2013 einen neuen Rekord erreicht.

Seit 1958 wird das Treibhausgas Kohlenstoffdioxid (CO₂) systematisch von der Nationalen Behörde für Ozeanologie und Atmosphärenforschung (NOAA) auf dem Mauna Loa/Hawaii gemessen: Graphisch dargestellt wird der mittlere globale Konzentrationsverlauf in der sogenannte Keeling-Kurve. Diese Kurve zeigt den dramatischen Anstieg von CO₂ in der Erdatmosphäre.

Die erste abgelesene Zahl der Durchschnittswerte lag 1959 bei 315,97 ppm. 50 Jahre später, im Jahr 2009, war der Wert um über 70 Punkte auf 387,37 ppm gestiegen (USE OF NOAA ESRL DATA, 2013). Messungen an Eisbohrkernen belegen, dass vor der Industrialisierung viele tausend Jahre lang etwa 280 ppm Kohlendioxid in der Luft schwebten, 35 Punkte unter Keelings erster Messung.

"Die Menschheit hat diesen Basiswert also in weniger als 300 Jahren um 37 Prozent gesteigert, weil sie in Industrie und Verkehr Kohle, Öl und Gas verbrennt. Zwei Drittel der Zunahme sind erst in den vergangenen 50 Jahren eingetreten" (Schrader, Christoph, Eine Kurve verändert die Welt, in Süddeutsche.de, 17.5.2010).

Die monatlichen Durchschnittswerte steigen immer schneller - im Juni 2013 wurden **398,58 ppm CO₂** gemessen (Recent Monthly Average Mauna Loa CO₂:: www.esrl.noaa.gov/gmd/ccgg/trends/).

Erstmals wurde die bedeutsame Grenze von 400 Teilen von einer Million (ppm) überschritten: **Am 9. Mai 2013 wurde zum ersten Mal ein Tages-Durchschnittswert von 400,03 ppm gemessen.**

"Wissenschaftler gehen davon aus, dass die CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre zuletzt vor mehr als zehn Millionen Jahren so hoch gewesen ist. Damals war es auf der Erde heißer und die Meeresspiegel lagen dutzende Meter über den derzeitigen. Der Leiter des Earth System Science Center, Michael Mann, äußerte sich sehr besorgt über das Tempo, mit dem die Konzentration in der Erdatmosphäre steigt. "Es gibt keinen Präzedenzfall in der Geschichte der Erde für solch einen abrupten Anstieg der Treibhausgaskonzentrationen" (wetteronline, 11.05.2013). Das war Millionen Jahre vor dem Erscheinen des Homo sapiens.

Es ist höchste Zeit, klimagerecht zu handeln. Energie- und Ressourcen-intensive Megaevents wie Olympische Winterspiele gehören nicht dazu

Flächenverbrauch

- Die schon für "München 2018" wiederholte Formel: "Es ist schon alles da", hat damals nicht gestimmt und wird auch für "München 2022" nicht stimmen. Dauerhafte wie temporäre olympische Anlagen und Olympische Dörfer verbrauchen Flächen und Ressourcen.
- Die langwierige Suche nach geeigneten Orten für die Wettkampfstätten "München 2018" hat die Problematik bereits aufgezeigt:

- Die Bewerber "München 2018" rechneten zahlreiche Maßnahmen nicht als *Eingriff*, wenn es sich z.B. um landwirtschaftlich genutztes Land handelte bzw wenn die massiven Eingriffe „temporär“ wieder rückgebaut werden sollten. Deshalb wurde in den Bewerbungsunterlagen ein absurd geringer Flächenverbrauch vorgegaukelt.
- Alle ursprünglich „ins Auge gefassten Gebiete“ der Planer – wie Klais, Kaltenbrunn und Barmsee oder die Romanshöhen bei Oberammergau – scheiterten letztlich an Naturschutz- und FFH-Gebiets-Auflagen oder an den berechtigten Interessen der Eigentümer, die nicht gefragt worden waren.

Zur Erinnerung an die Bewerbung "München 2018":

Bereits im Juli 2010 wurde **Oberammergau** wegen „massiven Widerstandes“ aus den Planungen genommen. Viele Bürger hatten die Spiele wegen des drohenden Landschaftsverbrauchs abgelehnt. Stattdessen wurde das sehr sonnig und niedrig gelegene Haupt- und Landesgestüt **Schwaiganger** bei Ohlstadt als „temporärer Wettkampfort“ für das „Nordische Zentrum“ in die Planung genommen. Schnee? Aufwendigste Beschneiungsanlagen waren mit unsicheren Erfolgen vorgesehen. Für "2022" will man die Biathlon- und Langlaufwettbewerbe von Schwaiganger nach Ruhpolding umgeplanen. Ude äußerte laut SZ über Schwaiganger, damit wäre der einzig wirkliche Schwachpunkt des alten Konzepts verschwunden (Effern, Heiner, Lode, Silke, München rüstet sich für Olympia-Bewerbung, in SZ 5.3.2013).

2011 wurde der der Evaluierungs-Kommission des IOC ein Schreiben des Anwalts von **60 Grundeigentümern aus Garmisch-Partenkirchen** übergeben. Darin wurden die Gründe aufgezeigt, warum die Grundeigentümer die Bewerbung „München 2018“ ablehnten. Der Hauptgrund: die Landschaftsverluste. Von der Bewerbergesellschaft waren Flächen angeboten worden, die gar nicht zur Verfügung standen: Die meisten Grundeigentümer und Bauern in Garmisch-Partenkirchen sahen keine Veranlassung, ihre Wiesen und Weiden und damit ihre Existenzgrundlagen dem Olympia-Hype zu opfern. Hierbei handelte es sich nicht um gewöhnliches "Grünland" – sondern um die berühmten Kulturlandschaften mit artenreichen Blumenwiesen und alten Baumstädeln.

(http://data6.blog.de/media/847/5401847_ed1228afc6_d.pdf).

- Infrastruktur-Großprojekte müssten für "München 2022" in kürzester Zeit durchgepeitscht werden: Allein 700 Millionen Euro sollen nach bisherigem Stand für Fernstraßen und Tunnels im Loisachtal Richtung Garmisch-Partenkirchen aufgewendet werden.

Der Bau (bzw. Nichtbau) des Kramertunnels sollte eine Warnung sein. Bei Beginn des Planfeststellungsverfahrens wurde er noch mit 103 Mio. Euro beziffert, inzwischen liegen die Prognosen nach einem Kostenanstieg auf zunächst 136 und dann 150 Millionen jetzt bereits bei 176 Millionen Euro – und das ist noch nicht das Ende. Ein Grund ist die miserable Planung, die der Eile vor der Skiweltmeisterschaft 2011 geschuldet war. Die Infrastruktur-Planungen für 2022 werden die Fehlplanungen am Kramertunnel im Gefolge einer hemmungslosen Olympiaeuphorie noch an Härte übertreffen. Was tun, wenn die Bau-Zeit bis 2022 nicht reicht? Wie viele Jahre müssen die Bürger mehrere Großbaustellen erdulden?

Wohlgemerkt: Wir sind nicht dagegen, dass die verkehrsgeplagten Bürger Umfahrungen und Tunnel um ihre Orte erhalten. Wir erwarten aber eine menschen- und umweltgerechte sorgfältige Planung - dafür ist jetzt Geld bereitzustellen - auch ohne Olympische Winterspiele.

Größe und geplante Austragungsorte 2022

Insgesamt sieht die Planung für 2022 derzeit etwa **100 Wettkämpfe** an mindestens **13 Sportstätten** vor.

DREI Olympische Dörfer mit über 5.000 Betten, **Mediendörfer** mit bis zu 10.000 Betten, **Medienzentren** mit 65.000 m².

Erwartet werden über **5.000 Athleten und Offizielle**, **10.000 bis 15.000 Medienvertreter**, **20.000 Helfer** und **19.000 Sicherheitskräfte**.

Anmerkung: Sotschi 2014 hat mit zwölf weiteren neuen Wettbewerben die bisher größte Erweiterung des Programms Olympischer Winterspiele bekommen (Wikipedia).

Wie viele Wettbewerbe in Pyeongchang 2018 noch hinzukommen, ist derzeit unbekannt.

1936 wurden 17 Wettbewerbe ausgetragen, in Vancouver 2010 waren es schon 86 Wettbewerbe, und in Sotchi werden es bereits 98 sein.

Wie viele zusätzliche Sportarten werden es 2022 sein? Das bestimmt allein das IOC. Auch nach dem Zuschlag kann das IOC weitere Sportarten einführen, für die der Veranstalter Platz schaffen, ggf. weitere Sportstätten und Infrastrukturen bauen und mehr Teilnehmer unterbringen muss.

In der Präsentation "München 2022: Mögliche Bewerbung Münchens mit der Region Chiemgau/Königsee und Garmisch-Partenkirchen" (27.5.2013) werden unter "Optimierungspotentiale - mögliches Bewerbungskonzept 2022" folgende "Standortoptionen" erläutert. Die aktuellen Pläne sollen wahrscheinlich erst Ende September veröffentlicht werden:

München 2022: reloaded - "Ice-Park" etc

- München soll - wie schon für 2018 geplant - den **"Ice-Park"** erhalten: mit Curling, Eiskunstlaufen, Short Track, Eishockey, Eisschnelllaufen.
- **Trotz der neuen WM-tauglichen Eisschnelllauf-Halle in Inzell will man in München (temporär?) eine weitere neue Eishalle bauen.**
- Zudem gibt es Überlegungen für **Schnee!-Wettbewerbe** im Olympiapark, um Garmisch-Partenkirchen zu "entlasten" - z.B. Halfpipe und Aerials (Trickski-Schanzen).
- Für das **Olympische Dorf** in München ist das Bundeswehrgelände am Olympiapark wieder im Gespräch. Den vorgesehenen Denkmalschutz will man verhindern und die Anlage für 2022 abreißen. Außerdem würden **über 1600 schützenswerte Bäume gefällt werden**. "In einem neuen Olympischen Dorf würden mehr als 1300 Wohnungen auf höchstem ökologischen Niveau entstehen..." - die nach den Spielen sicher als Luxusimmobilien auf den Markt kommen.
- In München sollen die Paralympischen Disziplinen Curling und Eishockey stattfinden.

Garmisch-Partenkirchen: "Snow-Park"

- Garmisch-Partenkirchen erhält den "**Snow-Park**", d.h. die meisten Schnee-Wettbewerbe: Ski alpin, Skicross, Snowboard, Boarder-Cross, Nordische Kombination, Slopestyle, Skispringen.
- Auch nach Verlegung der Langlaufwettbewerbe nach Ruhpolding, sowie der Halfpipe und der Aerials nach München, bleiben für Garmisch-Partenkirchen noch immer folgende Neubaumaßnahmen und damit Gründe gegen eine erneute Bewerbung übrig:
 - Bereich Skistadion:
 - Die kleine Schanze soll abgerissen und eine **neue K-90 Schanze** gebaut werden. Das heißt: ein millionenschwerer Neubau für 2 Tage Wettkampf 2022 und kaum Verwendung danach ("White Elephant")! (Ob die Rost-angesetzte **große Schanze** ohne Umbau übernommen werden könnte, muss sich erst noch zeigen).
 - Trickski Buckelpiste (Moguls)
 - Loipen für Langlauf Nordische Kombination
 - 4 m hoher Sicherheitszaun um den Bereich Skistadion, ca. 3 km.
 - Bereich Hausberg:
 - Snowboard und Skiarena am Horn
 - evtl. mit Zwischenstation der Hausbergbahn
 - Bahnunterführung Klammstraße
 - 4 m hoher Sicherheitszaun um den Bereich Hausberg, ca. 5 km.
 - Bereich Kandahar:
 - Kandahar Media Accomodation (Unterkünfte für Medienvertreter)
 - 4 m hoher Sicherheitszaun im Bereich Kandaharabfahrt, ca 10 km.
 - Nicht bekannt ist, welche **Skipistenausbauten und -verbreiterungen** – z.B. an der Kandahar – für 2022 vom IOC gefordert werden. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit kann man davon ausgehen, dass auch die Weltmeisterschaftspisten von 2011 wahrscheinlich um- und ausgebaut werden müssten.
 - Bereich Bahnhof/Eisstadion:
 - Olympisches Dorf
 - Medienzentrum
 - Verlegung des Zugspitzbahnhofs
 - Bahnunterführung Snow-Village
 - 4 m hoher Sicherheitszaun um das Snow-Village, ca. 2,5 km.
 - Infrastruktur:
 - Sportstraße zwischen Skistadion und Kandahar,
 - Verlängerung St. Martinstraße schräg durch die Wiesen,
 - Verlegung der Kreuzeckstraße mit Bahnunterführung
- In allen Bereichen müssten noch ausgedehnte Funktionsflächen, Parkplätze und Zuschauertribünen gebaut werden.
- Für den Snow Cluster Ga.-Pa. erwartet man etwa 90.000 bis 100.000 Zuschauer an Spitzentagen.

- Nach dem Verkehrskonzept 2018 waren für den Snow Cluster Garmisch-Partenkirchen 14.000 Stellplätze für PKW an P+R-Standorten, sowie 400 Stellplätze für Reisebusse geplant.
- Falls die **Paralympics** - offenbar - auf Garmisch-Partenkirchen und München beschränkt bleiben, bräuchte Garmisch (oder Kaltenbrunn?) noch paralympische temporäre Anlagen mit kleineren Tribünen, für Langlauf und Biathlon.
- Die Befürworter in Garmisch-Partenkirchen sollten sich klar machen: **Vertragsänderungen von Seiten der Veranstalter - wie "kleinere Spiele", mehr Mitsprache u.a. - sind nicht möglich: Das IOC bestimmt allein die Regeln (s. Host City Vertrag). Hier gibt es kein: „Wir schaffen an“,** wie der Garmisch-Partenkirchner Bürgermeister Thomas Schmid im Juni 2013 behauptete.

Region Chiemgau/Königssee : "Endurance & Sliding Park"

Hierbei handelt es sich - mit Ausnahme des Königssee, der schon 2018 in der Bewerbung auftauchte - um einen kompletten neuen Standort.

In der neu eingeplanten Region "Chiemgau" werden folgende Gemeinden genannt: Ruhpolding, Inzell, Reit im Winkl und Siegsdorf.

Die **Olympischen Wettkämpfe 2018** sollten wegen des vermeintlichen Vorteils einer „kompakten Bewerbung“ nur an drei Orten stattfinden: in München („Eis-Park“), in Königssee (Bob, Rodeln und Skeleton) und in Garmisch-Partenkirchen („Schnee-Park“) - mit Gut Schwaiganger, das OB Ude heute als "einzig wirklichen Schwachpunkt des alten Konzeptes" bezeichnet.

Jetzt hofft man offenbar mit dem Trick der "**Region Chiemgau/Königssee**" **wieder nur drei Orte** zu kreieren. Offenbar sind Inzell und Ruhpolding näher gerückt - sowohl an München als auch in Richtung Königssee. Inzwischen heißt es "Das Dreieck Siegsdorf direkt an der A8 von München nach Salzburg gelegen, Ruhpolding und Inzell verspräche kurze Wege" (Effern, Heiner, Pläne für Winterspiele 2022 nehmen Konturen an, in SZ, 18.7.2013).

DOSB-Präsident Bach hatte die **Einbeziehung von Ruhpolding** noch **2010** als **undurchsetzbar beim IOC** deklariert: Sport-Informationsdienst SID: "Gerade hat Ruhpolding wieder seinen ausgezeichneten Ruf als Biathlon-Hochburg unter Beweis gestellt. Warum passen die Chiemgauer dennoch nicht in das Konzept für München 2018?" – Antwort Bach: "Weil es dann keine Olympischen Spiele in Deutschland geben würde. Mit einer **Flickenteppich-Bewerbung** hätten wir **keine Chance**. In Ruhpolding müsste unter anderem ein **zusätzliches olympisches Dorf** errichtet werden, ein solches **Subzentrum mit kostenintensiven Verkehrswegen ist nicht zu rechtfertigen**" (Quelle: n.24.de).

Dazu führte die Bewerbungsgesellschaft „München 2018“ in ihrem Papier: „18 Irrtümer über die Olympia-Bewerbung – und unsere Antworten darauf“ vom Juli 2010 aus:

Dieses Modell (also die Einbeziehung von Ruhpolding) würde

- **mehr Verkehr auf längeren Wegen auslösen,**
- **mehr Flächenverbrauch durch zusätzliche Infrastruktureinrichtungen bedeuten und**
- **mehr Eingriffe in Natur und Landschaft notwendig machen.**

So müssten bei der Nutzung weiterer Austragungsorte zwangsläufig auch **weitere Olympische Dörfer, Medienzentren und Funktionsbauten** (Telekommunikation, Organisation etc.) errichtet werden.

Es entstünde ein stark erhöhtes Verkehrsaufkommen von München bzw. Garmisch-Partenkirchen zu und innerhalb aller Austragungsorte durch Zuschauer, Verantwortliche und Medienvertreter, das mit dem bestehenden Verkehrsnetz nicht zu bewältigen wäre. Es wäre daher ein erheblicher Aufwand für den Ausbau von Straßen erforderlich, zumal entsprechende Bahnlinien nicht zur Verfügung stehen. **Dieser Ausbau würde abgesehen von den enormen finanziellen Belastungen zu erheblichen Umwelteingriffen führen und wäre für das nach-olympische Verkehrsaufkommen nicht nachhaltig.**

Die geplanten Sportstätten, olympisches Dorf und Medienzentrum im Chiemgau sind vom Königssee fast 50 km auf der Landstraße oder ca. 60 km über die A8 entfernt. Von München bis Ruhpolding sind es ca. 113 km, die Entfernung Ruhpolding - Garmisch-Partenkirchen beträgt über 150 km (Landstraßen) und Garmisch-Partenkirchen - München liegt bei ca. 90 km. Auf allen Strecken müssten "**Olympic Lanes**" ausschließlich für den olympischen Verkehr freigehalten werden, d.h. sie werden für alle anderen Verkehrsteilnehmer gesperrt.

Ruhpolding 2022

- **Biathlon** soll in der **Chiemgau-Arena** am Zirmberg stattfinden.
- Der **Bürgermeister von Ruhpolding, Claus Pichler**, weiß laut SZ erst seit 22.4.2013 von der Einbindung Ruhpoldings zu München 2022 (Lode, Silke, Chancen für neue Olympia-Bewerbung steigen, in SZ 24.4.2013). In **Ruhpolding** fand die Biathlon-WM 2012 statt. Die Flächenvorgaben hatte allein die Internationale Biathlon Union bestimmt – der Austragungsort musste sich für den WM-Zuschlag daran halten. Für diesen Um- und Ausbau wurde sogar der Antrag auf Befreiung von der Naturschutzverordnung "Östliche Chiemgauer Alpen" bewilligt, sprich: **Für benötigte Flächen wurde das Naturschutzrecht bereits damals außer Kraft gesetzt.**
- Was kommt für "München 2022" auf die Gemeinden und auch auf die vorhandene Chiemgau-Arena zu? Bürgermeister Pichler wies bereits darauf hin, dass die für die WM 2012 für 16 Millionen Euro ausgebaute **Biathlon-Anlage für Olympische Spiele 2022 nicht ausreichen werde.** "Möglicherweise muss in der Nähe ein zweites temporäres Stadion errichtet werden... Doch er weist auch darauf hin, dass 'die strengen Naturschutzrichtlinien' rund um die Biathlon-Anlage ein vorsichtiges Planen nötig machten. Und natürlich zuerst auch Gespräche mit Grundbesitzern und Weidberechtigten anstünden. 'Das schütteln wir nicht aus dem Ärmel'" (Nein bleibt Nein, in SZ 25.4.2013).
- Die Stromversorgung der Gemeinde Ruhpolding hat schon für die WM 2012 nicht ausgereicht, es mussten Tausende von Litern Diesel in Generatoren verheizt werden.
- Für die Bewerbung München 2018 wurde ein dringender Bedarf für den 6-spurigen Ausbau der A8 von Rosenheim bis zur Landesgrenze diskutiert. Es ist zu erwarten, dass für München 2022 ein "unvorhergesehener Bedarf" nach dem Fernstraßenausbaugesetz angemeldet werden könnte und damit der A8-

Ausbau, der bisher nur im weiteren Bedarf eingestuft ist, in den vordringlichen Bedarf rutscht! Die Ausbaukosten werden von der Autobahndirektion Südbayern mit 1,063 Mrd. beziffert.

- Es liegen auch Pläne in der Schublade des Straßenbauamtes Traunstein, die winkelige Ortsdurchfahrt Eisenärzt (an der Staatsstraße 2098 nach Ruhpolding) durch eine Ortsumfahrung zu ersetzen. Dafür müsste Bergwald und Leitenbereiche an der Traun geopfert werden.

Inzell

- Die **Langlauf-Wettbewerbe** sollen wahrscheinlich in **Inzell** und die **Sprintwettbewerbe** in **Ruhpolding** ausgetragen werden? Wer wird die Hauptlast tragen müssen?
- Trotz des Neubaus der Max-Aicher-Arena als Eisschnelllaufstützpunkt soll in München eine temporäre(?) neue Eishalle gebaut werden. **Inzell** hatte 2011 die Einzelstrecken-WM im Eisschnellauf ausgerichtet. Die neue Eisschnellaufhalle mit Überdachung hatte über 36 Millionen Euro gekostet – dieses Geld kam vor allem aus dem Konjunkturpaket II.
- Die **Inzeller Eishalle** soll jetzt als Teil der geforderten **65 000 Quadratmeter Fläche** für die auf die **drei Regionen verteilten Mediocenter** realisiert werden.
- **Inzell-Außernfeld** steht in der engeren Auswahl für den **Standort des dritten Olympischen Dorfes**, dessen spätere Nutzung völlig ungeklärt ist. Allein für das olympische Dorf geht man von 17 ha Flächenbedarf aus.
- In Inzell müssten für das Mediocenter, das Olympische Dorf und die Langlaufstrecken ökologisch und agrarökonomisch wertvolle Flächen geopfert werden. Wenn man die südlich von Inzell gelegenen Naturschutzgebiete (NSGs), Landschaftschutzgebiete (LSGs) und Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Gebiete, die Inzeller Filzen und die kartierten Lebensraum-Waldflächen abzieht, bleibt nur noch hochwertiges Kulturland mit Grünland und Streuobstwiesen dafür übrig. Oder man greift wie in Ruhpolding in die NSGs ein!
- Die langwierige Suche nach geeigneten Orten für die Wettkampfstätten "München 2018" hat die Problematik bereits deutlich aufgezeigt. Für "2022" wird dies auch für das Chiemgau und die "Östlichen Chiemgauer Alpen" gelten: "Gewünschte" Flächen stehen unter Schutz.
- Die Ergebnisse der Gesamtplanung sollen dem Kreistag bei einer Sondersitzung am 27.9.2013 vorgestellt werden.

Berchtesgaden

- In **Berchtesgaden** bleibt es wohl bei Bob, Rodeln und Skeleton.
- Es ist schon wegen der **Olympic Lanes** davon auszugehen, dass der für Natur und Landschaft desaströse Ausbau der A8 mit 6 Fahrstreifen + 2 Standstreifen einschl. „Nordumfahrung“ Piding dann durchgezogen wird, zumal auch Siegsdorf und Ruhpolding A-Ausfahrten haben.
- Mit der Aussicht auf Olympische Winterspiele sähen Befürworter des überzogenen Straßenbaus (wie das Straßenbauamt) wieder eine Chance: Denn das Dinosaurierprojekt ‚Kirchholtunnel‘ war im Mai 2013 durch ein Ratsbegehren in Bad Reichenhall sowohl am Quorum als auch an

mangelnder Zustimmung gescheitert, ebenso stimmte der Bayerisch Gmainer Gemeinderat gegen das Projekt. Mit Olympia könnten die Pläne wieder hervorgeholt werden.

- Für überzogene Hotelbauten und Wohntürme am und um den Königssee sowie neue Geschäftshäuser mit Gaststätten wäre dies die Rechtfertigung. Auch die Fußgängerbrücke über den Königssee würde dann wahrscheinlich realisiert.

Zeitplan:

- **30. September 2013:** Der DOSB entscheidet am 30. September in München, ob er eine Olympia-Bewerbung der Landeshauptstadt für die Winterspiele 2022 unterstützt.
- **10. November 2013:** Am 10. November kommt es in diesem Fall in den beteiligten Gemeinden jeweils zum Bürgerentscheid, ob München einen neuen Anlauf zu einer Kandidatur nimmt.
- **14. November 2013:** Bis zum 14. November muss die Bewerbung eingereicht werden.
- Am **31. Juli 2015** wird die Session des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Kuala Lumpur über den Ausrichter entscheiden.

Mögliche andere Bewerber neben München 2022:

Krakau (Polen mit Slowakei), Barcelona (Spanien)?, Almaty (Kasachstan), Oslo (Norwegen)? und Lwiw (Ukraine).

Was zur Zeit über die Bewerbung "München 2022" bekannt ist, reicht bei weitem nicht aus, um die wirklichen Größenordnungen, die Verkehrs- und Raumansprüche und (u.a.) den Finanzbedarf von Bewerbung und Durchführung beurteilen zu können:

Man stimmt also über die "Katze im Sack" ab (in dem Sack wird immer auch der Host City Vertrag sein).

- **Der Host-City-Vertrag des IOC wird der Bevölkerung nicht bekannt gemacht.**
- **Der Host-City-Vertrag müsste von München ohne "wenn-und-aber" unterschrieben und durchgesetzt werden, falls "München 2022" den Zuschlag erhalte.**
- **Ein "Aussteigen" ist nach Vertragsunterzeichnung weder für München noch für Garmisch-Partenkirchen, Ruhpolding, Inzell oder Berchtesgaden möglich.**
- **Vertragsänderungen (wie "kleinere Spiele" u.a.) von Seiten der Veranstalter sind nicht möglich - das IOC bestimmt allein die Regeln.**
- **Die Dimensionen Olympischer Winterspiele sind für die Alpengemeinden zu groß.**

"Olympia, nein danke"

hieß der Titel des Beitrags von René Hofmann anlässlich des Nein der Graubündner Bürger zu "Graubünden 2022" (SZ, 5.3.2013):

“Das Nein im Gebirge ist ein mächtiges sportpolitisches Wetterleuchten. Dessen Licht lässt vieles, was hier schief läuft, in scharfen Kontrasten hervortreten... Keine andere Nation ist ähnlich eng mit den Mächtigen des Sports verbandelt. **Dass nun selbst die Schweizer „Olympia, nein danke!“ sagen, heißt deshalb etwas. Es signalisiert den Lenkern des Sportgeschäfts, dass sie schnell umsteuern sollten...** Es ist vor allem ein ungutes Gefühl: Die Einnahmen wandern zu den Verbänden, die Kosten müssen die Bürger des Ausrichterlandes schultern. Wie viel Abneigung ein solches Szenario – Gewinne werden privatisiert, Verluste verstaatlicht – hervorruft, mussten in der Schuldenkrise die Banken erkennen. Nun deutet sich für die Welt des [Sport](#) Ähnliches an... Das Thema Olympia ist zur Gefahr geworden. Ein Renner ist es fast nur noch dort, wo es nicht wirklich demokratisch zugeht.” (Süddeutschen Zeitung, 5.3.2013).

Nolympia fordert deshalb:

Olympiafreie Alpen!